

WILHELMSHAVENER ERKLÄRUNG GEMEINSAM FÜR EIN STARKES DEUTSCHLAND

BESCHLUSS DES BUNDESVORSTANDS DER CDU DEUTSCHLANDS
ANLÄSSLICH DER KLAUSURTAGUNG AM 4. UND 5. JANUAR 2013
IN WILHELMSHAVEN

CDU

Wilhelmshavener Erklärung „Gemeinsam für ein starkes Deutschland“

**Beschluss des Bundesvorstands der CDU Deutschlands
anlässlich seiner Klausurtagung am 4. und 5. Januar 2013 in Wilhelmshaven**

Der Kurs stimmt – unserem Land geht es gut

Unserem Land geht es gut. Die Menschen leben in Freiheit und Wohlstand. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind trotz der anhaltenden Herausforderungen durch die europäische Staatsschuldenkrise weiterhin gut. Während viele Länder mit einer Rezession zu kämpfen haben, kann Deutschland zuversichtlich auf das Jahr 2013 blicken: Die Zahl der Beschäftigten ist auf Rekordniveau. Es gibt ausreichend Ausbildungsplätze. Gut ausgebildete Fachkräfte sind begehrt. Die deutsche Industrie ist mit ihren innovativen Produkten in vielen Bereichen Weltmarktführer. Unsere Qualität im Standortwettbewerb verbessert sich weiter und erreicht internationale Spitzenplätze.

Diese Erfolge sind das Gemeinschaftswerk der Menschen in unserem Land. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben sich diesen Aufschwung gemeinsam mit den Unternehmern erarbeitet und so den Erfolg kluger politischer Weichenstellungen ermöglicht. Das gute Miteinander in den Betrieben ist für unser Land ein Standortvorteil, den wir bewahren und auch weiterhin fördern wollen. Arbeitgeber und Gewerkschaften haben mit verantwortungsvollen und weitsichtigen Entscheidungen sowohl die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen als auch die Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der guten konjunkturellen Entwicklung im Blick behalten. Auch aus diesem Grund schließt sich die unter Rot-Grün auseinandergegangene Schere zwischen den unteren und oberen Einkommen wieder. Nach einer rot-grünen Politik der sozialen Spaltung mit einem beispiellosen Anstieg der Einkommensunterschiede und steigender Arbeitslosigkeit haben die CDU-geführten Bundesregierungen seit 2005 den negativen Trend umgekehrt und den Menschen in Deutschland wieder Zuversicht gebracht.

Unser Land steht gut da, weil die CDU die Rahmenbedingungen richtig gesetzt hat: Wir haben durch erfolgreiche Reformen die sozialen Sicherungssysteme gefestigt und zugleich Beiträge gesenkt. Durch die Senkung des Rentenversicherungsbeitrags zum 1. Januar 2013 von 19,6 auf 18,9 Prozent wurden Arbeitgeber und Arbeitnehmer jeweils um rund 3,2 Milliarden Euro jährlich entlastet.

Die Abschaffung der Praxisgebühr entlastet die Bürger um weitere rund 2 Milliarden. Das führt zu einer spürbaren Erhöhung der verfügbaren Einkommen, fördert die Kaufkraft und stärkt die Binnenkonjunktur.

Die CDU ermutigt die Menschen, Neues zu wagen und immer wieder Innovationen hervorzubringen, die deutsche Produkte attraktiv und wettbewerbsfähig machen. Für die Zukunft ist es von zentraler Bedeutung, dass unser Land ein industrieller Produktionsstandort mit einer hohen Wertschöpfung bleibt, in dem innovative und ressourcenschonende Produkte neue Arbeitsplätze schaffen. Die CDU steht für eine moderne und zukunftsorientierte Standortpolitik. Mit den Sozialpartnern zusammen wollen wir die Voraussetzungen für künftige Erfolge schaffen.

Vor wichtigen Entscheidungen

In diesem Jahr entscheiden die Wählerinnen und Wähler darüber, welcher Partei sie zutrauen, unser Land in eine gute Zukunft zu führen. Wir trauen den Menschen etwas zu, statt sie zu bevormunden. Wir vertrauen in die Kraft der Menschen und stehen dafür, dass Leistung belohnt wird. Deshalb entlasten wir die Menschen. SPD und Grüne dagegen wollen die Menschen belasten. Von ihren Steuererhöhungsplänen ist insbesondere das Fundament unserer Wirtschaft, der Mittelstand, betroffen. Damit werden eine gute wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes aufs Spiel gesetzt und Arbeitsplätze vernichtet.

Während zur Zeit von Rot-Grün unser Land das Schlusslicht Europas war, ist Deutschland heute wieder der Wachstumsmotor Europas. Das soll so bleiben. Mit unserer wachstumsfreundlichen Politik eröffnen wir jedermann in unserem Land Chancen auf Aufstieg und eine gute Zukunft. Arbeit, stabile Finanzen und Innovation – und nicht linke Umverteilungspolitik – sind die Grundlage für eine gute Zukunft. Daran wollen wir uns messen lassen. Für ein weiterhin starkes Deutschland wollen wir folgende Maßnahmen auf den Weg bringen:

Politik für ein starkes Deutschland

1. Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken

Das Rückgrat unserer Gesellschaft bilden die aktiven Menschen in unserem Land, die tagtäglich früh morgens aufstehen, zur Arbeit gehen oder sich ehrenamtlich engagieren. Zugleich kümmern sie sich als Eltern um eine gute Erziehung und Bildung ihrer Kinder oder auch um die häusliche Pflege eines Angehörigen. Sie sind die Leistungsträger des Alltags.

Ihnen gilt das besondere Augenmerk unserer Politik. Hierzu gehören auch die vielen kleinen und mittleren Unternehmer, die mit Erfindungsreichtum, Mut und Ausdauer Arbeitsplätze schaffen und so dazu beitragen, den Wohlstand in unserem Land zu sichern.

Diese Mitte unserer Gesellschaft wollen wir stärken und steuerlich entlasten. Wir halten deshalb an unserem Ziel fest, die Steuertarife an die Inflation anzupassen, damit Gehaltssteigerungen, die lediglich Preisentwicklungen nachzeichnen, nicht zu einer höheren Steuerbelastung führen. Mit der Abmilderung dieser sogenannten „kalten Progression“ schaffen wir mehr Leistungsgerechtigkeit und helfen gerade Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Für Ledige bedeutet dies ein jährliches Plus von 180 bis 300 und für Verheiratete von 360 bis 600 Euro. Es ist unverständlich, dass SPD und Grüne diesem Vorhaben nicht zustimmen. Stattdessen fordert die SPD höhere Steuern und will mit einer Abschaffung des Ehegattensplittings Familien auch noch zusätzlich belasten. Wir hingegen wollen das Ehegattensplitting erhalten und zu einem Familiensplitting weiterentwickeln.

Wir haben den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder zwischen 12 und 36 Monaten durchgesetzt und das Betreuungsgeld eingeführt. Wir appellieren an Länder und Kommunen, den Ausbau der Kindertagesbetreuung bis zum Stichtag 1. August 2013 mit unverminderter Kraft voranzutreiben. Auf den zusätzlichen Bedarf an 30.000 Plätzen hat die CDU-geführte Bundesregierung schnell reagiert und den Ländern weitere Mittel für Investitionen in Höhe von 580,5 Millionen Euro und jährliche Zuschüsse zu den Betriebskosten von 75 Millionen zugesagt. Das sind wichtige Schritte hin zu echter Wahlfreiheit für die Familien in Deutschland.

Wir haben auch die älteren Menschen im Blick. Deren Ideen, Erfahrungen und Ihre aktive Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens sind für ein gutes Miteinander der Generationen unverzichtbar. Gemeinsam mit den Unternehmen wollen wir die Rahmenbedingungen stärken, damit die Menschen länger, motivierter und gesünder arbeiten können. Mit der „Kombirente“ schaffen wir bessere Möglichkeiten der Verbindung von Teilzeitarbeit und Rente. Damit ermöglichen wir ein längeres und flexibleres Arbeiten in der letzten Phase des Berufslebens. Wir benötigen die ältere Generation auch als lebenserfahrene Hinweisgeber, als Vorbilder und Ausbilder für nachkommende Generationen.

Wir machen uns auch weiter stark für die Einführung einer allgemein verbindlichen Lohnuntergrenze in den Bereichen, in denen ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert.

Eine Kommission der Tarifpartner soll diese festlegen, orientiert an bereits für allgemein verbindlich erklärten tariflich vereinbarten Lohnuntergrenzen. Auch die Festlegung von Einzelheiten und weiteren Differenzierungen obliegt der Kommission. Wir wollen eine durch Tarifpartner bestimmte und damit marktwirtschaftlich organisierte Lohnuntergrenze und keinen politischen Mindestlohn.

2. Generationengerechte Finanzen und stabile Währung

Geordnete Finanzen sind der Schlüssel zu nachhaltigem Wachstum und dauerhaftem Wohlstand. Deshalb führen wir die Neuverschuldung weiter konsequent zurück und investieren gleichzeitig so viel wie nie zuvor in Bildung und Forschung. Bereits in diesem Jahr wollen wir die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten und zugleich wichtige Zukunftsinvestitionen auf den Weg bringen. Wir wollen – stabile weltwirtschaftliche und europäische Rahmenbedingungen vorausgesetzt – ab dem Jahr 2014 einen Bundeshaushalt ohne strukturelles Defizit erreichen. Damit schaffen wir für unsere Kinder und Enkel Gestaltungsspielräume, statt ihnen mit Schulden den Weg in eine gute Zukunft zu versperren.

Länder, die von der Union geführt werden, gehen diesen Weg entschlossen mit. Sie haben die Neuverschuldung deutlich verringert oder zahlen bereits Schulden zurück. Rot-grüne Regierungen verhindern hingegen nach wie vor, dass alle in unserem Land an dieser guten Entwicklung teilhaben können. Auch die frühere rot-grüne Bundesregierung hat regelmäßig mehr Schulden gemacht, als es der Maastricht-Vertrag zulässt.

Heute fordern SPD und Grüne eine Vergemeinschaftung europäischer Schulden durch die Einführung von Eurobonds und die Auflage eines Schuldentilgungsfonds. Dies wäre der Weg in eine europäische Schuldenunion, in der deutsche Steuerzahler nahezu unbegrenzt für die Schulden anderer Länder eintreten müssten. Damit wäre das Prinzip „Keine Leistung ohne Gegenleistung“ außer Kraft gesetzt. Wir wollen stattdessen eine stabile Zukunft für unser Land und für Europa. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung sind strengere Regeln für die Finanzmärkte, mit denen sie einheitlichen europäischen und globalen Regeln der sozialen Marktwirtschaft unterstellt werden. Dazu gehört die Schaffung einer effizienten europäischen Bankenaufsicht genauso wie eine bessere Finanzmarktregulierung. Mit dem Verbot ungedeckter Leerverkäufe, eine bessere Aufsicht und Regulierung der Ratingagenturen sowie strengere Kriterien für den Hochfrequenzhandel haben wir dazu bereits wichtige Schritte auf den Weg gebracht. Mit der Einführung einer Finanztransaktionssteuer wollen wir die Finanzmärkte stärker an den Kosten der Finanzkrise beteiligen. Bei allen Maßnahmen wer-

den wir auch weiterhin darauf achten, Nachteile für den Standort Deutschland zu vermeiden, insbesondere für die Mittelstandsfinanzierung. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass bei der Schaffung einer effizienten europäischen Bankenaufsicht, dem bewährten Modell der dezentralen Sparkassen und Genossenschaftsbanken Rechnung getragen wird.

Dank unserer entschlossenen Haltung ist Deutschland heute für viele Länder auch ein finanzpolitisches Vorbild. Wir sind vom Defizitsünder zum Stabilitätsanker Europas geworden. Der Dreiklang aus Sparen, Strukturreformen und einer Politik für Wachstum und Beschäftigung hat sich ausgezahlt: Wir erzielen mehr Einnahmen, begrenzen die Ausgaben und investieren in unsere Zukunft. Von diesem Erfolg geleitet, haben wir auch in Europa erfolgreich für die Stabilität unserer Währung, den Fiskalpakt und damit für Schuldenbremsen in den Mitgliedstaaten und nachhaltige Wachstumsimpulse gekämpft.

3. Innovationen durch gute Bildung und exzellente Wissenschaft

Unser Land ist heute wieder einer der weltweit führenden Innovationsstandorte. Noch nie wurde in Deutschland so viel für Forschung und Entwicklung ausgegeben wie unter der CDU-geführten Bundesregierung. Die öffentlichen und privaten Aufwendungen sind auf den Rekordwert von knapp 70 Mrd. Euro gestiegen und haben die angestrebten drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts nahezu erreicht. Mit der erfolgreichen Hightech-Strategie der CDU-geführten Bundesregierung haben wir dazu beigetragen, Spitzentechnologie „Made in Germany“ auch im 21. Jahrhundert zu einem Aushängeschild unseres Landes zu machen.

Wir wollen, dass unser Land und seine Industrie auch weiterhin zu den Vorreitern moderner Technologien zählen und mit dabei sind, wenn es um die Innovationen der Zukunft geht. Dafür brauchen wir Offenheit gegenüber technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen. Anders als Rot-Grün trauen wir den Menschen zu, die Chancen neuer Entwicklungen zu nutzen und mit den Risiken verantwortungsvoll umzugehen. Wir setzen uns für neue Forschungsbereiche ein, damit unser Land in vielversprechenden Zukunftstechnologien wie beispielsweise der Nano-, Bio- und Gentechnologie, der Photonik oder Mikroelektronik über eigene, leistungsfähige Kapazitäten verfügt.

Damit wir auch im kommenden Jahrzehnt zu den führenden Volkswirtschaften der Welt gehören, wollen wir Deutschland als Talentschmiede mit Chancen für alle fortentwickeln.

Dazu gehört die Förderung besonders Begabter genauso wie die noch intensivere Vermittlung naturwissenschaftlicher Kenntnisse.

Kluge Politik heißt immer auch zu prüfen, wie leistungsfähige Einrichtungen noch besser werden können. Deshalb wollen wir mit einer Änderung des Grundgesetzes die Zusammenarbeit von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen verbessern. Das stärkt den Wissenstransfer zwischen den Forschungseinrichtungen und macht sie damit weiterhin zu Motoren von Innovationen, die die technologische Leistungsfähigkeit unseres Landes sichern.

Auf Grund stark steigender Studentenzahlen sowie neuer inhaltlicher Herausforderungen angesichts einer immer stärkeren Internationalisierung sehen sich auch unsere Hochschulen mit neuen Aufgaben konfrontiert. Um die Leistungsfähigkeit der Hochschulen zu steigern und die Hochschulen auf eine erhöhte Zahl von Studienanfängern vorzubereiten, haben Bund und Länder den Hochschulpakt 2020 beschlossen. Dafür stellt der Bund rund 3,2 Mrd. Euro bereit.

4. Mittelstand stärken und Wettbewerbsfähigkeit verbessern

Deutsche Unternehmen zählen zu den innovativsten weltweit. In Deutschland gibt es rund 1500 Unternehmen, die mit ihren Produkten Weltmarktführer sind. Diese Unternehmen machen uns mit ihren Spitzenprodukten zu einer der führenden Exportnationen. Die allermeisten von ihnen sind mittelständische Unternehmen, 70 Prozent davon in Familienbesitz, mehr als 90 Prozent davon gehören zum produzierenden Gewerbe. Ihre Arbeit erfordert an einem Hochpreisstandort wie Deutschland teure Produktionsstätten; die Unternehmen verfügen daher über entsprechend hohe Firmenvermögen. Dieses Firmenvermögen wollen SPD und Grüne mit höherer Erbschaftsteuer und neuer Vermögensteuer massiv belasten. Dadurch wird ihnen die Möglichkeit genommen, in Innovationen, neue Arbeitsplätze oder Aus- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiter zu investieren. Ohne solche Investitionen aber fehlt es an Innovationsfähigkeit und damit an dem, was unsere Wirtschaft international wettbewerbsfähig macht und gute Arbeitsplätze in Deutschland sichert. Eine Wiedereinführung der Vermögensteuer und Erhöhung der Erbschaftsteuer schadet daher unserer Wettbewerbsfähigkeit und vernichtet Arbeitsplätze. Deshalb lehnt die CDU beides entschieden ab.

Wir setzen stattdessen auf mehr Mittelstandsfreundlichkeit. Dazu werden wir die Förderpolitik noch stärker auf den Mittelstand ausrichten. Beispielsweise wollen wir mit der Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig steigern. Auch den Bürokratieabbau werden wir konsequent fortsetzen.

Die Verringerung staatlicher Informationspflichten entlastet die Unternehmen schon heute deutlich in Höhe von jährlich 12 Mrd. Euro und ist ein kostenloses Wachstumsprogramm.

Unsere leistungsfähige Wirtschaftsstruktur mit Großindustrie und Mittelstand hat unser Land in der Krise stabilisiert und erntet mit großen Erfolgen auf den Weltmärkten heute die Früchte einer vorausschauenden Unternehmenspolitik. Auch eine vorbildliche Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, Unternehmern und Betriebsräten hat mit verantwortungsvollen und weitsichtigen Entscheidungen dazu beigetragen. Unser Land profitiert davon durch neue Arbeitsplätze und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit. Dennoch sehen wir in Teilen der Weltwirtschaft auch eine konjunkturelle Abkühlung. Deshalb geben wir den Unternehmen mit der Verlängerung der Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld von sechs auf zwölf Monate ein bewährtes Instrument an die Hand, um bei einer möglichen Verschlechterung der konjunkturellen Lage schnell reagieren zu können.

Auch bei der Energiebesteuerung und der Erhebung von Netzentgelten werden wir im Interesse von hunderttausenden Beschäftigten und des Industriestandortes weiter darauf achten, angemessene Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen im internationalen Wettbewerb festzuschreiben. Das ist für uns ein zentraler Bestandteil einer klugen Energiewende, die mit Augenmaß und dem Blick für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten den Umbau der Energieversorgung voranbringt. Zudem liegen diese Befreiungen nicht nur im Interesse des Wirtschaftsstandortes und seiner Arbeitsplätze, sondern auch eines effektiven globalen Umweltschutzes. Denn es wäre weder dem Wirtschaftsstandort Deutschland noch dem Klimaschutz geholfen, wenn es zu Unternehmensverlagerungen in Länder mit weniger strengen Regeln kommt als bei uns.

5. Standort Deutschland vor Wirtschaftsspionage schützen

Der wirtschaftliche Erfolg der Exportnation Deutschland ist kein Selbstläufer. Er beruht auf Ideenreichtum, Innovation und Wissensvorsprung unserer Unternehmen. Hierzu gehört auch der Schutz deutscher Exportkraft vor Bedrohungen, wie etwa gezielter Wirtschaftsspionage. In der globalisierten Weltwirtschaft steigt die Verwundbarkeit durch

Cyberattacken sowie durch Spähangriffe fremder Nachrichtendienste und internationaler Konkurrenz rasant an. Dadurch wächst die Gefahr von Verlusten von Unternehmensgeheimnissen mit Auswirkungen auf die Konkurrenzfähigkeit.

Mit unserer Politik wollen wir den Standort Deutschland im globalen Wettbewerb, die Innovationsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und damit Arbeitsplätze in unserem Land gegen Angriffe von außen besser schützen – u. a. durch Sicherheitspartnerschaften zwischen Behörden und Unternehmen sowie einem intensiveren Informationsaustausch zwischen Staat und Wirtschaft in Sachen Wirtschaftsschutz.

6. Für den Wohlstand von morgen Fachkräfte sichern

Die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland ist entscheidend von den Ideen und dem Einsatz seiner Beschäftigten abhängig. Dazu müssen wir vorrangig die Qualifizierung der Einheimischen und hier bereits lebender Zuwanderer verbessern. Um den Fachkräftebedarf der Zukunft decken zu können, brauchen wir ein erstklassiges Bildungs- und Ausbildungssystem mit engagierten Lehrkräften und Ausbildern, exzellente Weiterbildungsmöglichkeiten sowie eine zeitgemäße Bildungsberatung.

Dazu arbeiten wir weiter am Ausbau der Bildungsrepublik Deutschland. Unsere Schulen, Hochschulen und Betriebe sind das Fundament unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Junge Menschen werden durch das duale Ausbildungssystem bestmöglich qualifiziert. Wir legen Programme für den erleichterten Berufseinstieg für leistungsschwächere Jugendliche, für Menschen mit Behinderungen und Langzeitarbeitslose auf, weil wir sie alle in den Arbeitsmarkt einbeziehen wollen. Alle werden gebraucht, keiner darf ausgegrenzt werden.

Die Nutzung und Förderung inländischer Potenziale wird mit Blick auf die Folgen des demografischen Wandels aber nicht ausreichen. Weitere hochqualifizierte und leistungsbereite Menschen aus anderen Ländern sind uns daher willkommen. Für sie und ihre Familien muss unser Land zum Leben und Arbeiten noch viel attraktiver werden. Bürger aus EU-Staaten mit hoher Arbeitslosigkeit, insbesondere junge Menschen, können und sollen die Chancen der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union nutzen. Für Hochqualifizierte aus Nicht-EU-Staaten haben wir mit der „Blauen Karte“ die Weichen für den deutschen Arbeitsmarkt bereits richtig gestellt.

7. Politik der Nachhaltigkeit: Mit moderner Infrastruktur in die Zukunft

Zukünftiger Wohlstand braucht eine leistungsfähige Infrastruktur. Das gilt für ein modernes Stromnetz genauso wie für leistungsfähige Verkehrsachsen.

Mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz und der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes haben wir die Grundlage für den Ausbau und die Modernisierung der überregionalen Übertragungsnetze gelegt. Beim Netzausbau legen wir Wert auf eine umfängliche Bürgerbeteiligung. Deshalb haben wir eine breite öffentliche Diskussion zum Netzentwicklungsplan durchgeführt. Im Bedarfsplangesetz schreiben wir den für die Energiewende benötigten Netzausbau gesetzlich fest. Damit gewinnt der Netzausbau an Fahrt und der Umbau der Energieversorgung bekommt ein stabiles Fundament. Das ist ein wichtiger Schritt, damit auch in Zukunft zu jeder Tages- und Nachtzeit unsere Energieversorgung sichergestellt ist. Wir stehen dafür, dass durch eine möglichst effiziente Ausgestaltung des Umbaus und gleichzeitige Unterstützung von Maßnahmen zur Energieeinsparung wie beispielsweise das Zuschussprogramm zur Gebäudesanierung weder private Verbraucher noch Unternehmen überfordert werden.

Leistungsfähige Verkehrswege sind für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft unverzichtbar. Wie kaum ein anderes Land zieht Deutschland seine Wirtschaftskraft aus dem globalisierten Handel. Mit einem 25 Milliarden-Investitionsprogramm für den Erhalt und Ausbau der Bundesfernstraßen wollen wir die großen Verkehrsachsen unseres Landes zukunftsfähig machen.

Unsere leistungsfähigen Seehäfen sind Wachstumsmotoren für unsere Küstenregionen und wichtige Bausteine in der bundesweiten Exportbilanz. Das kluge Ineinandergreifen von kommunaler, Landes- und Bundespolitik ermöglicht das gute Gelingen großer Projekte, wie z. B. den Bau des JadeWeserPorts, der als einziger Tiefseewasserhafen neue wirtschaftliche Impulse weit über Niedersachsen hinaus hervorbringt und zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands beiträgt.

8. Deutschland: Digitales Wachstumsland

Wir wollen den Breitbandausbau weiter voranbringen. Damit schaffen wir die Voraussetzung, dass moderne Internetdienstleistungen überall im Land verfügbar sind und flächendeckend neue Angebote beispielsweise im Bereich der Telemedizin, des E-Governments

oder der Telematik entstehen können. Gerade im ländlichen Raum ist eine verlässliche und leistungsstarke Breitbandversorgung für Unternehmen auch ein wichtiger Standortfaktor.

Der Einsatz digitaler Technik in Wirtschaft und Alltag verändert bereits seit einigen Jahren unsere Art zu leben, zu arbeiten und zu kommunizieren.

Neue Märkte entstehen, die Geschwindigkeit der Veränderungen nimmt rasant zu und schafft eine neue wirtschaftliche Dynamik. Wir wollen die damit verbundenen Chancen nutzen und Deutschland bis zum Ende des Jahrzehnts zum digitalen Wachstumsland Nummer 1 machen. Dabei sind wir auf einem guten Weg. Schon heute entstehen 40 Prozent der Innovationen in Deutschland in der Informations- und Kommunikationsbranche.

9. Kommunen stärken – Gute Chancen für alle Regionen

Deutschland braucht starke Städte und einen starken ländlichen Raum. Wir sind stolz auf die regionale Vielfalt, in der sich die Menschen heimisch fühlen. Deshalb unterstützt die CDU alle Regionen unseres Landes nach Kräften.

Leistungsfähige Kommunen sind für eine gute wirtschaftliche Entwicklung unverzichtbar. Eine gute örtliche Infrastruktur bildet den Grundstein für erfolgreiche Unternehmen und regionales Wachstum. Die CDU setzt sich für wichtige und dringende Infrastrukturvorhaben vor Ort ein, die die Wirtschaft voranbringen, neue Arbeitsplätze schaffen und die Umwelt schonen. Die Grünen dagegen bremsen und behindern allerorten, sobald es um neue Bahnhöfe, Schienen oder Straßen geht. Mit dieser Dagegen-Haltung nehmen sie billigend in Kauf, dass Regionen wirtschaftlich geschwächt und von der Entwicklung in anderen Teilen unseres Landes abgekoppelt werden. Und das wiederum gefährdet Arbeitsplätze und Wohlstand in unseren Städten und Gemeinden.

Voraussetzung für Wachstum in den Regionen ist eine solide Haushaltsbasis der Kommunen. Deshalb hat die CDU-geführte Bundesregierung eine Vielzahl von kommunalen Förderprogrammen aufgelegt. Der Bund beteiligt sich massiv an den kommunalen Ausgaben für Sozialleistungen. So übernimmt der Bund künftig die vollständigen Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Das bedeutet allein bis 2020 eine Entlastung um 50 Milliarden Euro. Mit unserer Politik unterstützen wir die Städte, damit sie die Chancen der Globalisierung weiter offensiv nutzen und ihre Rolle als Schrittmacher der wirtschaftlichen Entwicklung für unser Land wahrnehmen können. Wir investieren in die Infrastruktur, in exzellente Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, in eine gute

Betreuungsinfrastruktur für junge Familien und ein attraktives Sport- und Kulturangebot. Mit dem Bildungspaket werden gezielt Kinder und Jugendliche unterstützt, um ihnen bessere Lebens- und Entwicklungschancen zu eröffnen. Das ist ein großer Schritt zu mehr Motivation, mehr Bildung und mehr Chancen für junge Menschen.

Mit unserer Integrationspolitik leisten wir einen wichtigen Beitrag, damit Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bei uns eine neue Heimat finden und zum Wohlstand unseres Landes beitragen.

Wir wollen, dass unsere Städte auch weiterhin alle Voraussetzungen dafür haben, erfolgreiche Innovationsregionen für unser Land zu sein. Wir wollen, dass sie diese Chancen nutzen und sich gezielt neuen Zukunfts- und Innovationsbranchen widmen.

Zugleich sind wir Anwalt aller Regionen unseres Landes, für die wir faire Chancen und eine gute Entwicklung ermöglichen wollen. Dies gilt gleichermaßen für den ländlichen Raum. Unser Handlungskonzept zur Entwicklung der ländlichen Räume enthält zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, zur Sicherung von Angeboten der Daseinsvorsorge wie auch zur Stärkung der Partnerschaften zwischen Städten und Gemeinden. Beispielsweise haben wir mit dem Versorgungsstrukturgesetz die Voraussetzungen für eine bessere medizinische Betreuung im ländlichen Raum geschaffen.

Deutschland steht vor einer Richtungsentscheidung

Unser Programm zeigt, dass es in diesem Jahr um klare politische Alternativen für Deutschland geht. Wir setzen auf stabile Finanzen, stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch neue Beschäftigungschancen und kämpfen für Stabilität in Europa. Die linken Parteien setzen stattdessen auf Umverteilung und eine Politik auf Pump, die zu Lasten kommender Generationen geht.

Auch in Niedersachsen geht es am 20. Januar 2013 um eine Richtungsentscheidung. Zur Wahl steht eine Fortsetzung der verantwortungsvollen Politik der CDU-geführten Landesregierung mit Ministerpräsident David McAllister oder eine Rot-Grüne Verhinderungscoalition, die die Erfolge der vergangenen Jahre aufs Spiel setzt.

Politik für die Menschen: So machen wir das. Für Niedersachsen.

Seit 10 Jahren findet unter CDU-geführten Landesregierungen ein kontinuierlicher Aufschwung in Niedersachsen statt. Er macht das Land zu einem Motor wirtschaftlicher Ent-

wicklung im Norden. Die christlich-liberale Koalition in Niedersachsen macht Ernst mit verantwortungsvoller und vorausschauender Finanzpolitik: Rot-grüne und rote Landesregierungen hatten die Neuverschuldung auf Höchststände getrieben. Seit die CDU regiert, wird jeder zusätzliche Euro verwendet, um die Neuverschuldung zu verringern.

Spätestens 2017 kommt mit der CDU der Schuldenstopp. Gleichzeitig gehört Niedersachsen zur Spitzengruppe in unserem Land, wenn es um Wachstum und Beschäftigungszuwachs geht.

Das zeigt: Niedersachsen ist in guten Händen. Die CDU in Niedersachsen richtet den Blick nach vorn: Mit einer zukunftsgerichteten Strategie ist sie einer der Schrittmacher für den Umbau der Energieversorgung hin zu regenerativen Energien. Niedersachsen ist bereits heute das führende Land bei der Gewinnung von Windstrom. Neue Offshore-Anlagen werden das Herzstück der Energiewende sein und die Position Niedersachsens als Energieland weiter stärken. Die damit verbundenen Investitionen sichern und schaffen tausende neue Arbeitsplätze. Die CDU in Niedersachsen ergreift diese Chancen und schiebt mit Investitionen in die örtliche und regionale Infrastruktur die Entwicklung entschlossen voran.

Das gilt auch für die Herausforderung des Bevölkerungswandels. Die notwendigen Strukturanpassungen werden verbunden mit dem Ausbau der Krippen und Tagespflege, der Vernetzung von Kindergärten und Grundschulen, kleineren Klassen sowie wohnortnahen starken Schulen mit flächendeckendem Ganztagsangebot. Damit entsteht ein leistungsfähiges Schulsystem für die Zukunft der jungen Menschen, das ergänzt wird durch eine starke Säule der beruflichen Ausbildung, moderne und offene Hochschulen und ein flächendeckendes System der Erwachsenenbildung. Im ländlichen Raum wird mit klugen Programmen die wohnortnahe ärztliche und pflegerische Versorgung sichergestellt.

Niedersachsen ist landwirtschaftlich geprägt. Hier bleibt die CDU auch künftig kompetenter Partner für die Belange der landwirtschaftlichen Betriebe.

Die Bilanz der CDU-geführten Landesregierung seit 2003 ist die Erfolgsgeschichte Niedersachsens. Gemeinsam mit der CDU in Niedersachsen und David McAllister werden wir dafür kämpfen, dass das auch in Zukunft so bleibt. Wir rufen alle Wählerinnen und Wähler auf: Geben Sie der CDU am 20. Januar 2013 beide Stimmen!